Pressemitteilung

BSW
Kreisverband
Märkisch-Oderland

BSW Märkisch-Oderland fordert konsequenten Schutz vor Machtmissbrauch

Sowas darf es bei uns im Landkreis nicht geben!

Das erstinstanzliche Urteil des Jugendschöffengerichts am Amtsgericht Frankfurt (Oder) gegen einen Fahrlehrer aus Seelow wegen sexuellen Übergriffs hat in der Region für deutliche Beachtung gesorgt. Der Kreisverband Märkisch-Oderland der BSW nimmt den Vorfall gemeinsam mit dem Unterstützerkreis Oderbruch und der BSW Jugend in Märkisch-Oderland zum Anlass, um eine klare Position gegen Machtmissbrauch und für die Stärkung von Opferrechten im Landkreis einzunehmen.

> *„Fahrschülerinnen und Fahrschüler – oft junge Menschen oder Jugendliche – begeben sich in ein besonderes Abhängigkeits- und Vertrauensverhältnis. Wer diese Stellung ausnutzt, überschreitet eine unverzeihliche Grenze. Sowas darf es bei uns in MOL nicht geben. Wir stehen für Null Toleranz gegenüber jeglicher Form von sexuellen Übergriffen und Machtmissbrauch.“ BSW Kreisverband Märkisch-Oderland*

Auch wenn in dem Verfahren aufgrund der von beiden Seiten eingelegten Berufung bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung weiterhin die Unschuldsvermutung gilt, sieht das Bündnis dringenden Handlungsbedarf auf präventiver und struktureller Ebene.

Die Forderungen des BSW Kreisverbands Märkisch-Oderland:
Einrichtung unabhängiger und vertraulicher Beschwerdewege: Betroffene müssen die Möglichkeit haben,Vorfälle schnell, unbürokratisch und ohne Angst vor Repressalien bei Fahrlehrerverbänden sowie bei kommunalen Stellen zu melden.

Verbindliche Präventions- und Sensibilisierungsschulungen: Fahrlehrerverbände und Fahrschulen im Landkreis sollten zu regelmäßigen Schulungen zum Thema Machtmissbrauch, Grenzachtung und Schutz von Fahrschülerinnen verpflichtet werden.

Aktive Aufklärung und Stärkung von Betroffenen: Fahrschülerinnen und Fahrschüler müssen zu Beginn der Ausbildung transparent über ihre Rechte sowie über regionale Notruf- und Beratungsstellen informiert werden.

„Wir ermutigen alle Betroffenen von Übergriffen, Vorfälle nicht zu verschweigen, sondern sich konsequent an die Polizei, Behörden oder regionale Hilfsangebote zu wenden. Schutz und Sicherheit unserer Jugendlichen und Bürger im Landkreis Märkisch-Oderland müssen an erster Stelle stehen.

Der Kreisvorstand MOL